

## AUS DEM INHALT:

Partnerschaft S. 4  
Friedensprozess S. 5  
Vereinbarungen S. 9  
Beauftragter S. 11  
Sozialpastoral S. 12  
Klimaschutz S. 19

## Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien: Ein Überblick

**Gelb** – wie der Reichtum des Landes, vor allem das Gold  
**Blau** – wie die beiden Meere, der Atlantik (Karibik) und der Pazifik  
**Rot** – wie das Blut derer, die für die Freiheit Kolumbiens gekämpft haben

Seit über 55 Jahren besteht ein bewaffneter Konflikt in Kolumbien. Kolumbien gilt als zerrissenes Land. In Deutschland ist es vorwiegend durch negative Schlagzeilen über Drogenkriege und Entführungen bekannt. Dabei ist Kolumbien ein reiches Land, reich an Bodenschätzen, reich an Flora und Fauna, an kultureller Vielfalt. Umso verwunderlicher ist es für Außenstehende, die farbenfrohen Bilder von dem südamerikanischen Land zu sehen, dass dort eine große Kluft zwischen Arm und Reich herrscht, täglich Verbrechen an den Menschenrechten geschehen und große Konzerne das Land und seine Leute ausbeuten. Und dann ist da noch der bewaffnete Konflikt, der bis dato viele Tote forderte. Man spricht von etwa 220.000 toten, 5,7 Millionen vertriebenen,

25.077 verschwundenen und 27.023 entführten Menschen.

### DIE WURZELN LIEGEN BEREITS IM JAHR 1781

Es ist schwierig, die Ursachen dieses Konfliktes in einem kurzen Text zusammenzufassen. Ganze Bücher handeln die verschiedenen Faktoren ab, die dazu führten, dass sich bis heute drei Gruppen bekämpfen. Fest steht, dass der bewaffnete Konflikt seine Wurzeln in sozialer Ungerechtigkeit hat. Schon im Jahr 1781 gab es einen Aufstand gegen das starre System der strikten Klassentrennung und hierarchischer Sozialstrukturen unter der Herrschaft der Spanier, die das Land eingenommen hatten. Etwa dreißig Jahre später begann der

Befreiungsschlag von der spanischen Krone unter dem Befreiungskämpfer Simon Bolivar. In dieser Zeit hieß Kolumbien noch Groß-Kolumbien, was die heutigen Nationen Kolumbien, Venezuela, Ecuador und Panama vereinte und bis 1830 hielt.

Die Polarisierung zwischen zwei politischen Parteien und ihren Anhängern, der „Konservativen“ und der „Liberalen“, führte dazu, dass in dem Land über ein Jahrhundert hinweg ein blutiger Konflikt wütete. Die liberale Gruppe wurde vorwiegend vom Bürgertum getragen, während die Konservativen durch viele Großgrundbesitzer vertreten waren. Beide Gruppen bekämpften sich und ihre Überzeugung mit Waffen. 1886 wurde Kolumbien zur Republik („República de Colombia“), die von

Bogotá aus zentralistisch geführt wurde. 1895 kam es zu einem Bürgerkrieg. Zwischen 1899 und 1902 herrschte der „La Guerra de Mil Días“ (Der Krieg der 1000 Tage). In beiden Fällen können die Auseinandersetzungen als Mittel der politischen Konfliktbewältigung zwischen ‚Partido Liberal‘ und ‚Partido Conservador‘ interpretiert werden. Die innenpolitische Lage der Republik war über die Jahre instabil und keiner der amtierenden Präsidenten führte sein Amt zu Ende.

Die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts erlebte Kolumbien eine wirtschaftliche Blütezeit. Der Export an Kaffee und Bananen nahm zu. Das Land investierte in Infrastruktur und die Industrialisierung. Präsident Alfonso López Pumarejo führte die Demokratisierung und Technisierung des Landes unter seiner „Revolución en marcha“ voran. Doch an der Basis in der Gesellschaft brodelte es. Soziale Spannungen nahmen aufgrund der stärker werdenden Bresche zwischen der armen Landbevölkerung und der reichen Oligarchie zu. Es entstanden erste sozialistische, kommunistische und liberale Gruppierungen in der Landbevölkerung, die ihre Rechte stärken wollten.

### EIN MORD KENNZEICHNETE DEN BEGINN

Offiziell gilt die Ermordung des „liberalen“ Politikers Jorge Eliécer Gaitán im Jahr 1948 als Anfangsdatum des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Der Mord führte zu gewaltsamen Unruhen in Bogota (El Bogotazo genannt). Als Konsequenz und Racheakt herrschte bis

1958 ein Vernichtungskampf gegen die Liberalen unter General Rojas Pinilla. Gewaltsame und blutige Auseinandersetzungen standen auf der Tagesordnung. 1958 einigten sich die beiden Parteien auf einen Pakt der Machtteilung. Bis 1974 wechselten sich Liberale und Konservative alle vier Jahre bei der Regierung der kolumbianischen Republik ab.

Bei dieser „Nationalen Front“ hatten oppositionelle Parteien keine Chance. Dagegen weiteten sich Klientelismus und Korruption aus. Die Bevölkerung verlor die Hoffnung in die Politik. Vor allem die Landbevölkerung war leidtragend, blieb sie bei politischen Entscheidungen, die im fernen Bogotá getroffen wurden, außen vor. So ist es nicht verwunderlich, dass bestehende Gruppierungen in der Landbevölkerung wuchsen, die die Rechte der Landbevölkerung und vor allem ihr Land gewaltsam vertraten. Zu ihnen gehörten die FARC, das ELN (Ejército de Liberación Nacional, Armee der nationalen Befreiung) und die 19. Mai Bewegung (M-19).

Die Guerilla-Gruppen wollten die Kluft zwischen Arm und Reich verkleinern und die Rechte der sozial Schwachen stärken. In den 1980er Jahren eskalierte der gewaltsame Konflikt jedoch, denn es kam eine dritte Gruppierung ins Spiel: das Paramilitär. In den letzten Jahrzehnten waren es drei Konfliktparteien, die den bewaffneten Konflikt forführten: Die kolumbianische Regierung, unterstützt durch Nationalarmee- und polizei, Marine und Luftwaffe, die beiden größten Rebellenorganisationen FARC und ELN und das Paramilitär, eine

bewaffnete, rechtsextreme Gruppe, entstanden als Gegenpol zur Guerilla, die von den staatlichen Sicherheitskräften geduldet und unterstützt wurde.

### MEHRERE ANLÄUFE ZUR BEFRIEDUNG

Zwischen 1982 und 2012 gab es einige Versuche, den bewaffneten Konflikt zu beenden, beispielsweise 1982 unter Präsident Belisario Betancur Cuartas, der den ersten Waffenstillstand mit der FARC, dem ELN und dem M-19 aushandelte. Oder Präsident Andrés Pastrana, der 1998 Friedensverhandlungen mit der FARC einging. Sie alle ebneten den Weg zu den Verhandlungen, die der amtierende Präsident Juan Manuel Santos Calderón zusammen mit der FARC 2016 zum Abschluss brachte.

Kolumbien hat eine blutige und gewaltsame Geschichte, die viele Opfer forderte. Dazu zählen nicht nur die Toten des bewaffneten Konflikts, sondern auch die Hinterbliebenen, die Flüchtlinge und die Bedrohten. Die Wurzeln des bewaffneten Konflikts sind tief. Es wird seine Zeit brauchen, bis sich das Land von seiner Geschichte erholt haben wird. ■

*Nicole Gabor, Referentin beim Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen*

*Quellen: Hörtner, Werner: Kolumbien am Scheideweg: Ein Land zwischen Krieg und Frieden, Rotpunktverlag 2013, Zürich*

## Kolumbien-Fakten

■ Die südamerikanische Republik Kolumbien liegt zwischen den Ländern Panama, Venezuela, Brasilien, Ecuador und Peru. Im Norden grenzt das Land mit 1.600 Kilometern Küstenlinie an das Karibische Meer, im Westen an den Pazifischen Ozean. Das macht das Land so einzigartig, denn in Südamerika gibt es kein anderes Land, was Zugang zu zwei Ozeanen hat. Die Hauptstadt von Kolumbien heißt Bogotá. Dort leben etwa 8 Millionen Menschen. Insgesamt hat Kolumbien etwa 47,9 Millionen Einwohner. Landessprache ist Spanisch,

wobei 65 indigene Sprachen registriert sind. 90 Prozent der Bevölkerung ist katholisch.

■ Kolumbien ist ein Land voller unberührter Natur. Im Osten befindet sich der tropische Regenwald, der etwa 50 Prozent der ganzen Landesfläche ausmacht. Auch im Westen am pazifischen Ozean findet man tropischen Regenwald. Ein wichtiger Wirtschaftszweig ist die Landwirtschaft. Kolumbien ist der drittgrößte Kaffee-Exporteur der Welt. Zudem werden Bananen und Schnittblumen für den

Export angebaut. Für den Binnenmarkt werden Zuckerrohr, Südfrüchte, Reis, Baumwolle, Mais und Kartoffeln gepflanzt. Neben der Landwirtschaft gehören die Industrie, der Tourismus, die Bauindustrie, der Bergbau und die Öl- sowie Erdgasförderungen zu wichtigen Wirtschaftsleistungen im Lande. Der bedeutendste Handelspartner der kolumbianischen Republik ist die USA, daneben die EU und China. Innerhalb der EU ist Deutschland der wichtigste Handelspartner.

- Seit August 2010 ist Juan Manuel Santos Calderón Staatsoberhaupt und Regierungschef von Kolumbien. Er leitete ab Herbst 2012 die Friedensgespräche mit der FARC-Guerilla ein, die am 26. September 2016 mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages beendet wurden. Schätzungen zufolge hatte der bewaffnete Konflikt in den letzten 50 Jahren seines Bestehens über 200.000 Todesopfer gefordert. Der Friedensvertrag wurde von der kolumbianischen Bevölkerung bei einem Referendum nicht anerkannt. 6.420.000 Kolumbianer sprachen sich gegen Frieden im Land aus – 60.000 mehr als die Befürworter. Wie der Weg zum Frieden jetzt gegangen wird, bleibt bis dato ungewiss. Fest steht, dass der Friedensvertrag an einigen Stellen revidiert werden soll, denn die Kritik der „Nein-Sager“ lag vor allem an der harmlosen Bestrafung der FARC-Rebellen, wie es der Friedensvertrag vorsah.
  
- Das Kolumbien von heute ist eine Mischung aus verschiedenen Kulturen. Das Land hat eine Vergangenheit mit indianischer und afrikanischer Vergangenheit. Außerdem kamen in der Geschichte Kolumbiens auch Europäer sowie Nordamerikaner in das Land, um dort zu leben. Es leben 87 rechtlich anerkannte indigene Völker in Kolumbien. Die nationale Organisation der Indigenen Kolumbiens (ONIC) spricht von 102 indigene Völkern. Kolumbianer mit afrikanischen Vorfahren bilden etwa 21% der kolumbianischen Bevölkerung. Gegen die indigene sowie afrokolumbianische Bevölkerung herrschen große Vorurteile in der Gesellschaft. Zudem sind sie es, die am meisten unter Armut, Bildungsmangel, Umweltbelastungen und sozialer Ausgrenzung leiden.
  
- Präsident Santos Ziel in seiner Amtsperiode zwischen 2014 und 2018 war neben dem Friedensdialog die Verbesserung des Bildungssystems. 2012 belegte Kolumbien den 62. unter 65 Plätzen bei der PISA-Studie. Die Schulpflicht beträgt 10 Schuljahre, jedoch ist für Familien Bildung ein Luxusgut. Etwa 10 Prozent der Kinder zwischen fünf und 14 Jahren müssen arbeiten, um ihre Familie mit zu finanzieren. Sie arbeiten unter anderem in Kohle-, Smaragd- und Goldminen sowie in der Landwirtschaft. ■

## Kolumbien ABC

**BEWAFFNETER KONFLIKT:** In Kolumbien findet seit über 55 Jahren ein bewaffneter Konflikt statt. In diesem Konflikt sind mehrere bewaffnete Gruppen beteiligt. Paramilitärische Gruppen (Autodefensas Unidas de Colombia), Guerillagruppen wie die FARC oder das ELN, die kolumbianische Polizei und die Streitkräfte Kolumbiens. Die Struktur des Konfliktes ist komplex. Vereinfacht gesagt bekämpfen die linksgerichteten Guerillagruppen das kolumbianische Militär sowie die rechtsgerichteten Paramilitärs. Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien wird auch als Bürgerkrieg bezeichnet, da in ihm Anschläge auf die Zivilbevölkerung verübt wurden und beide Seiten Menschenrechte verletzen.

**ELN:** Das Ejército de Liberación Nacional, zu deutsch Nationale Befreiungsarmee, ist die zweitgrößte Guerillabewegung in Kolumbien. Sie wurde 1965 von Studenten und Erdölarbeitern gegründet, die mit der Bewegung das kubanische Revolutionsmodell in Kolumbien durchführen wollten.

**FARC:** Die FARC-EP, Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo, zu deutsch Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee sind die größte Guerillagruppe in Kolumbien und in ganz Lateinamerika. Seit 1964 führen die Mitglieder der Gruppe einen bewaffneten Kampf gegen den kolumbianischen Staat, das kolumbianische Militär sowie gegen das Paramilitär und Zivilisten.

**FRIEDENSPROZESS/FRIEDENS-DIALOG/FRIEDENSVERHANDLUNGEN:** Am 18. Oktober 2012 begannen in Oslo die Friedensgespräche zwischen der Regierung und den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), die zu einem Ende des fast 50 Jahre andauernden bewaffneten Konflikts führen sollten. Ab dem 19. November wurden die Gespräche in Havanna fortgesetzt. Der Dialog wurde in Norwegen und Kuba gehalten, da beide Länder als „Schirmherren“ des Friedensdialoges fungierten. Es war der dritte Friedensprozess seit Beginn

des bewaffneten Konflikts. Beide Gruppen einigten sich auf einen Friedensvertrag, der am 26. September 2016 unterzeichnet wurde. In diesem wurden die Entschlüsse zu den Verhandlungspunkten dokumentiert.

**INDIGENE BEVÖLKERUNG:** Indigene Völker sind nach einer international geltenden Definition der Vereinten Nationen diejenigen Bevölkerungsgruppen, die Nachkommen einer Bevölkerung sind, die vor der Eroberung, Kolonisierung oder der Gründung eines Staates durch andere Völker in einem räumlichen Gebiet lebte, und die sich bis heute als ein eigenständiges „Volk“ verstehen und eigene soziale, wirtschaftliche oder politische Einrichtungen und kulturelle Traditionen beibehalten haben. Kolumbien gehört weltweit zu den Ländern mit der größten indigenen Vielfalt: Fast 1,4 Millionen indigene Personen leben in Kolumbien. Das sind circa 3,4 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. 87 indigene Völker gibt es in dem Land, mindestens 34 indigene Völker sind aufgrund der Gewalt und Umweltverschmutzung auf ihrem Land in ihrer Existenz bedroht.

**VERSÖHNUNGSKOMMISSION:** Die Nationale Versöhnungskommission in Kolumbien, eine von der katholischen Kirche geführte Plattform der Zivilgesellschaft, setzt sich für die Opfer des bewaffneten Konflikts im Land ein. Unterstützt wird sie dabei von dem ehemaligen Referenten des Aachener Diözesanrats, Stephan Miethke. Über die nationale Versöhnungskommission wurde unter anderem organisiert, dass Opfer des bewaffneten Konflikts als Zeugen bei den Friedensverhandlungen in Havanna sprachen. Zudem führte sie auch eine große Befragung der Bevölkerung durch, um zu erfahren, was für die Menschen die Mindestvoraussetzungen sind, damit es in Kolumbien zu Versöhnung und zu Frieden kommen kann. Neben der Nationalen Versöhnungskommission gibt es in den verschiedenen Regionen von Kolumbien regionaler Kommissionen, die sich vor Ort für den Dialog mit verschiedenen Ethnien und Bevölkerungsgruppen kümmern. ■



## 55 Jahre Partnerschaft



Mitarbeiter der Organisation Concern Universal in ihrem Indigen-Projekt.

**Im September 2011 feierte das Bistum Aachen zusammen mit der katholischen Kirche Kolumbiens ihre 50-jährige Partnerschaft. Doch wie kam es dazu, dass das Bistum Aachen eine Partnerschaft mit einem Land führt, das 9.300 Kilometer Luftlinie entfernt ist?**

Der grundlegende Stein für diese partnerschaftliche Beziehung war die Erkenntnis der katholischen Kirche in den 1950er Jahren, dass die meisten Katholiken in den Ländern Lateinamerikas lebten und auch in der Zukunft den größten Teil der katholischen Welt-Gemeinde ausmachen würden. Jedoch waren zu dieser Zeit nur 10 Prozent aller Priester und Ordensleute in diesen Ländern tätig. Um die lateinamerikanischen Länder bei der Priesterausbildung zu unterstützen, wurden die einzelnen Länder Lateinamerikas unter die deutschen Bistümer in Deutschland aufgeteilt. Die Gesamtkoordination des Vorhabens übernahm das Hilfswerk Adveniat.

### **PARTNERSCHAFT ALS „COMUNIÓN Y PARTICIPACIÓN“ (GEMEINSCHAFT UND TEILHABE)**

Vor allem unter Bischof Klaus Hemmerle wuchs die Partnerschaft zwischen der

katholischen Kirche in Kolumbien und dem Bistum Aachen: Das Motto „Comunión y participación“ (Gemeinschaft und Teilhabe) prägte die Verbindung über den großen Teich. Die Weggemeinschaft Aachen – Kolumbien ging den Weg jedoch über die Förderung der Priesterausbildung hinaus.

Einen großen Meilenstein erbrachte der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen, der im Jahr 1993 seinen ersten Freiwilligen im Rahmen des Programms „Sozialer Dienst für Frieden und Versöhnung“ entsandte. 2016 existiert dieser Dienst immer noch und wurde erweitert. Nicht nur deutsche Jugendliche gehen für ein Jahr nach Kolumbien, um dort ihren Lerndienst zu absolvieren. Auch kolumbianische Jugendliche besuchen Deutschland und geben der Partnerschaft ein Gesicht.

Kolumbien ist im Bistum Aachen immer ein Thema. Bischof Mussinghoff richtete im April 2010 die „Kommission für die Partnerschaft mit der Kirche in Kolumbien“ als Nachfolge-Gremium des Partnerschaftsrates ein, der 1999 gegründet wurde. Diese Kommission hat die Aufgabe, die Partnerschaft in die Gesamtpastoral des Bistums einzubringen, die Partnerschaft zu fördern und im Bistum

bekannt zu machen sowie partnerschaftliche Kontakte zu fördern. In ihr sind Kolumbien-Freundinnen und -Freunde aus Pfarreien, Eine-Welt-Initiativen sowie Verbänden vertreten.

Ein Punkt, den die Kommission bearbeitet, ist der gemeinsame Gebetstag mit Kolumbien, der am 1. Sonntag im September jedes Jahres stattfindet. Beim gemeinsamen Gebet in Gottesdiensten im ganzen Bistum werden Themen aufgegriffen, die das Partnerland betreffen. Ein weiterer fester Termin ist der Tag der Menschenrechte, bei dem eine Veranstaltung zu Kolumbien vom Diözesanrat mit anderen Veranstaltern organisiert wird. Der Tag der Menschenrechte findet jährlich am 12. Dezember statt.

### **„PARTNERSCHAFT BRAUCHT GESICHTER“**

Neben diesen Terminen wird die Partnerschaft durch weitere Events, Besuche und Veranstaltungen belebt. Hier gilt der Leitsatz „Partnerschaft braucht Gesichter“, der vom Bischof José Luis Serna Alzate aus dem Bistum Líbano-Honda in Kolumbien stammt. Kolumbien-Freundinnen und -Freunde reisen in das Partnerschaftsland, kolumbianischer Besuch kommt in das Bistum Aachen – und diese Anlässe werden genutzt, um sich auszutauschen, zu feiern oder in ernsten Diskussionsrunden über die Partnerschaft und das aktuelle Geschehen in Kolumbien zu sprechen.

Die Weggemeinschaft Kolumbien-Aachen basiert nicht nur auf finanzieller Unterstützung von kolumbianischen Partnern. Die Partnerschaft setzt andere Werte in ihrer Beziehung wie den Dialog auf Augenhöhe, Solidarität und Verantwortung. Daneben ist das „Voneinander Lernen“ ein wichtiger Grundstein der partnerschaftlichen Beziehung zwischen den Ländern. Dieses Lernen findet in persönlichen Begegnungen statt mit Projektpartnern, Priestern, Ehrenamtlichen und Freunden vor Ort. Bis jetzt ist viel Fruchtbares entstanden und es gibt noch viele weitere Ideen, wie die Partnerschaft in der Zukunft gelebt werden könnte. ■

*Nicole Gabor, Referentin beim Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen*



## Frieden bleibt große Herausforderung und wunderbare Aufgabe

Wie ein Friedensprozess in vielen Etappen doch noch nicht zum Abschluss gekommen ist



In den letzten Monaten der Regierung von Präsident Álvaro Uribe Vélez (2002 – 2010) beendete ein Redaktionsteam die Arbeit am „Nationalen Abkommen der acht Mindestanforderungen für Versöhnung und Frieden in Kolumbien“.

Dabei handelte es sich um ein Dokument, in dem die Vorstellungen und Sehnsüchte von mehr als 15.000 Kolumbianerinnen und Kolumbianern systematisch hinsichtlich eines neuen, auf Versöhnung Frieden gegründeten Kolumbien gebündelt wurden. Ausgangspunkt der Konsultation mit 23 regionalen Foren und einer Vielzahl von Werkstatt-Treffen überall im Land war die schlichte Frage: Was muss geschehen, damit Kolumbien sich in ein friedliches Land wandelt, in dem alle gut leben können? Dieses Dokument erwies sich bald als visionär, was sich schon an der ersten der acht Mindestanforderungen belegen lässt; lautete doch dessen Erwartung: „eine Politik der Versöhnung und des Friedens, die zu Verhandlungen führt.“

Am 7. August 2010 übernahm Juan Manuel Santos Calderón, zuvor Verteidigungsminister unter Präsident Uribe und mit Rückenwind durch dessen Popularität

ins Amt gekommen, die Aufgabe als Staatschef Kolumbiens. Bald schon stellte sich heraus, dass Santos nicht schlicht eine Fortsetzung der Politik seines Vorgängers im Sinn hatte; vielmehr machte er bereits in den ersten Monaten seiner Regierung seine Position öffentlich, nach der es in Kolumbien in der Tat einen internen Konflikt gab. Das hatte Uribe stets vehement abgestritten und behauptet, es gäbe in Kolumbien nur „Terrorismus“, den es mit Mitteln der Waffengewalt auszurotten gelte.

### VERHANDLUNGEN BEGANNEN FRÜHER, ABER ZÄHER ALS ERWARTET

Heute ist bekannt, dass bereits in den ersten Monaten der Regierung von Juan Manuel unter absoluter Geheimhaltung Kontakte zur FARC geknüpft wurden, um den Weg hin zu möglichen Friedensgesprächen zu erkunden. Und tatsächlich: Am 26. August 2012 unterzeichneten die Bevollmächtigten der Regierung und der FARC den „Allgemeinen Vertrag über die Beendigung des Konflikts und den Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens“. Darin wurden fünf Verhandlungspunkte festgelegt sowie Grundsätze zur Bestätigung eines

möglichen Abkommens durch Beteiligung des Wahlvolkes vereinbart. Nach einem offiziellen Auftakt zu den Verhandlungen am 18. Oktober 2012 in Oslo – schon in der Geheimplase waren Norwegen und Kuba als Garantiemächte und Venezuela und Chile als Begleitstaaten am Prozess beteiligt – wurden diese am 19. November in La Habana auf Kuba aufgenommen.

Die Verhandlungen verliefen zäher, als die Regierung erwartet und gehofft hatte, denn Präsident Santos' lief die Zeit davon: Im Frühjahr 2014 standen Neuwahlen an, und ob es ihm gelingen würde, für eine erneute Amtszeit gewählt zu werden, war absolut unsicher. Der inzwischen zum Senator gewählte (März 2014) Ex-Präsident Uribe hatte sich nämlich mit seinen hohen Popularitätswerten an die Spitze aller gesetzt, die nach dem Motto „mit Terroristen verhandelt man nicht“ alle Hebel in Bewegung setzten, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

Wie zu erwarten war stand der Wahlkampf völlig im Zeichen des Für und Wider zum Prozess auf Kuba. Als Gegenkandidaten zum inzwischen verhassten Santos brachte Senator Uribe Oscar

Iván Zuluaga Escobar in Stellung – und das Kunststück gelang: Im ersten Wahlgang Ende Mai 2014 schlug Uribe Kandidat den amtierenden Präsidenten, konnte aber nicht die erforderliche absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erreichen, um Santos aus dem Amt zu hebeln. Ausschlaggebend für den Erfolg von Zuluaga war die unmissverständliche Ankündigung, am Tag nach seiner Amtseinführung die Verhandlungen auf Kuba abubrechen. Unter Mobilisierung aller Kräfte, insbesondere der liberalen Partei, gelang es Santos jedoch, im zweiten Wahlgang wiedergewählt zu werden.

### DER KÜNFTIGE UMGANG MIT OPFERN UND TÄTERN SCHWIERIGSTER PUNKT

Inzwischen waren die Verhandlungen in ihre wohl schwerste Phase eingetreten: Es ging um das Thema „Opfer“; in diesem Zusammenhang musste auch darüber befunden werden, wie die Rechte der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantie der Nicht-Wiederholung gesichert werden könnten. Damit war unter diesem Punkt unvermeidlich die Frage nach einer Übergangsjustiz mit zu verhandeln. Dies schloss die große Herausforderung ein, einerseits den Opfern zu ihrem Recht zu verhelfen, andererseits aber Bedingungen auszuhandeln, die so erträglich wären, dass die Guerilla tatsächlich den Waffen abschwören würde; hinzu kamen die Normen des internationalen Rechts: Man wollte nicht riskieren, dass nach Vertragsabschluss womöglich Täter vor den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zitiert würden – Kolumbien war vor einigen Jahren dem Statut von Rom beigetreten.

Die Gespräche zu diesem Punkt zogen sich 19 Monate hin. In dieser Situation (September 2015) mahnte Papst Franziskus mit knappen Worten von Kuba aus: „Bitte, wir können uns kein weiteres Versagen auf diesem Weg des Friedens und der Versöhnung erlauben.“ Am 15. Dezember 2015 konnten die Verhandlungen zum Teilabkommen „Opfer und Übergangsjustiz“ abgeschlossen werden. Bereits am 23. September 2015 war es in La Habana unter der Schirmherrschaft von Kubas Staatschef Raúl Castro zum historischen Handschlag zwischen Präsident Santos und

Rebellen-Kommandant Rodrigo Londoño alias Timoleón Jiménez alias Timochenko gekommen. Grund dazu war der Durchbruch bei den Verhandlungen um die Übergangsjustiz.

### IRGENDWANN WAR ES NUR NOCH EINE FRAGE DER ZEIT

In den folgenden sechs Monaten ging es um das „Ende des Konflikts“; die Hoffnung vieler Kolumbianer, die vollmundige Ankündigung vom 23. September 2015, binnen sechs Monaten das fertige Abkommen vorzulegen, erfüllte sich nicht. Der 23. März 2016 verstrich ohne dass von entscheidenden Fortschritten etwas zu vernehmen war. Im Nachhinein und unter Kenntnis des endgültigen Abkommens wird klar, dass in diesem letzten Abschnitt vor allem technische (Wie erfolgt die Konzentrierung der Ex-Kombattanten? Wie soll die Waffenabgabe erfolgen? Wie kann die Sicherheit der Ex-Guerilleros garantiert werden? usw.), aber auch juristische Fragen zur Klärung anstanden (Wie kann sichergestellt werden, dass das Abkommen durch eine Nachfolge-Regierung willkürlich und drastisch geändert oder gar außer Kraft gesetzt wird?). Trotzdem: Nachdem das schwierige Kapitel zu Opfern und Übergangsjustiz abgeschlossen war (15. Dezember), stand für die meisten fest, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis das Gesamtabkommen vorliegen würde.

Das lag dann für viele doch überraschend am 24. August 2016 vor: Humberto de la Calle für die Regierung und Iván Márquez für die FARC leisteten ihre Unterschrift unter das 297 starke Dokument – fast auf den Tag genau vier Jahre nach der Unterzeichnung des Vor-Abkommens, in dem Verhandlungspunkte und -verfahren vereinbart worden waren (26.08.2012). Die eigentliche und feierliche Besiegelung des Abkommens wurde für den 26. September vereinbart, knapp sechs Tage vor dem Plebiszit, bei dem das kolumbianische Wahlvolk seine Zustimmung oder Ablehnung zu der Vereinbarung bekunden sollte.

Und so kam es: Am 26. September 2016 leisteten Staatspräsident Santos und FARC-Kommandant Rodrigo Londoño alias Timoleón Jiménez alias Timochenko in einem feierlichen Staatsakt in der Karibik-Hafenstadt Cartagena ihre Unterschrift unter das

Abkommen; zahlreiche internationale Zeugen waren zugegen, darunter einige Staatschefs aus Lateinamerika: neben Vertretern der Vereinten Nationen, an ihrer Spitze Generalsekretär Ban Ki Mon, waren einige Staatschefs (Kuba, Venezuela, Chile, Ecuador und weitere aus Zentralamerika), hochrangige Vertreter der USA, der EU, der Kardinalstaatsekretär des Vatikan, Pietro Kardinal Parolin, Monseñor Luis Augusto Castro Quiroga als Vorsitzender der Bischofskonferenz sowie weitere Persönlichkeiten (z. B. Tom Koenigs MdB, Beauftragter des deutschen Außenministers für den Friedensprozess in Kolumbien) aus Politik, Gesellschaft und Kirche anwesend.

### NEIN ZUM VERTRAG ERÖFFNET WEG ZU „BESSEREM VERHANDLUNGSERGEBNIS“

Der Staatsakt konnte deutlich als eine gute Werbung für ein „Ja“ zu dem Abkommen verstanden werden. Auch Prognosen schienen zu bestätigen, dass es eine knappe, aber sichere Mehrheit zugunsten des Abkommens geben werde. Das Plebiszit ging vor wenigen Stunden zu Ende; nach Auszählung von 99,97 % der Stimmen stand das Ergebnis fest: Gegen das Abkommen stimmten 50,21 %, dafür nur 49,78 %. Haben die Kolumbianer eine historische Chance vertan? In einer ersten Reaktion betonte Präsident Santos, er respektiere das Ergebnis und gehe davon aus, dass sowohl Ja- als auch Nein-Sager für den Frieden sind. Er bekräftigt, der beidseitige und endgültige Waffenstillstand habe Bestand. Morgen wolle er alle, Befürworter und Gegner, zum Gespräch einladen, um gemeinsam zu beraten, wie der Weg zum Frieden weiter beschritten werden könne. Auch Ex-Vizepräsident Francisco Santos, einer der Gegner des Abkommens, gibt sich moderat und lässt erkennen, dass auch die Gegner an einer Gesprächslösung interessiert sind. Es bleibt hochspannend in Kolumbien.

In den nächsten Tagen wird sich zeigen, ob trotz des Ergebnisses der Weg zum Frieden weiter beschritten werden wird. Präsident Santos wird morgen seinen Verhandlungsführer Humberto de la Calle und den Hochkommissar für Frieden, Sergio Jaramillo, nach Kuba schicken, um den Dialog mit der FARC fortzusetzen. Deren Sprecher Iván Márquez hat für die Guerilla bereits



Gesprächsbereitschaft signalisiert. Vielleicht besteht eine Lösung darin, den ein oder anderen Punkt des Abkommens nachzuverhandeln und nachzubessern – auch das würde Uribe sicher mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, waren doch er und sein Lager zuletzt doch etwas von der grundsätzlichen Haltung abgerückt und hatten statt dessen ein „besseres Verhandlungsergebnis“ gefordert. Das wäre eine Hoffnung.

Heute Abend rief mich mein Freund und Arzt Oscar an, um mir zu gratulieren: Mit diesem Ergebnis hätte ich jetzt noch mehr Arbeit und ich sollte mich noch auf länger hier in Kolumbien einrichten. Nach der ersten Enttäuschung,

Frustration und Ratlosigkeit machte sich auch in den Netzwerken, aus denen ich Nachrichten erhalte, ein trotziger Optimismus breit: Friede in Kolumbien ist und bleibt die große Herausforderung und wunderbare Aufgabe – daran kann auch ein negatives Plebiszit nichts ändern. Es wird schwieriger, als wir uns das vorgestellt hatten, aber bekanntlich wächst der Mensch ja mit seinen Aufgaben. *Mano a la obra.* ■

*Stephan Miethke, Berater der Nationalen Versöhnungskommission (CCN), AGEH-Fachkraft im Zivilen Friedensdienst, gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

## Die Gewalt hat uns zusammengeführt, der Frieden uns getrennt

### Die Ironie der kolumbianischen Nation

Vorbemerkung der Übersetzerin: Jamie Daniel Bernal Gonzáles der Organisation „Concern Universal“ schrieb diesen Artikel in der Periode zwischen Abkommensunterzeichnung und Volksentscheid. Der Artikel zeigt im ersten Teil, welche Maßnahmen nötig sind, um Frieden in Kolumbien in der Gesellschaft zu etablieren. Im zweiten Teil geht Bernal Gonzáles auf den negativen Volksentscheid am 2. Oktober 2016 ein. Beim Beginnen des Artikels ging er davon aus, dass sich die kolumbianische Bevölkerung für den Frieden aussprechen würde.

Ich schreibe aus Tierra Firme, einem Stadtteil am Rande der Stadt Ibagué in dem Departamento Tolima. Dort lebe ich mit meiner Ehefrau Siobhan und meinen Kindern Aoife Itziar und Gabriel seit September 1996. In Tierra Firme befindet sich auch der Sitz unserer Organisation Concern Universal. Der Stadtteil ist ein Ort, wo demokratische, solidarische, kulturelle, friedvolle und umweltschonende Werte herrschen.

Ich beginne diesen Text heute, am 26. September 2016, als der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos und der oberste Kommandant der FARC-EP

den Friedensvertrag für Kolumbien unterzeichnet haben. Ich schreibe diesen Text mit Gefühlen der Hoffnung und Freude, aber gleichzeitig auch mit dem Wissen, dass eine Bewegung gegen den Frieden innerhalb der Bevölkerung in Kolumbien existiert, die rachsüchtig ist und ein fehlendes Verständnis hat, dass dieser gegenwärtige Moment für das Leben in Kolumbien sehr wichtig ist.

Man muss sagen, dass ich als Person, genauso die Gemeinde in Tierra Firme und die Organisation Concern Universal, sich immer schon in der Pflicht gesehen hat, beim Aufbau von Frieden und bei der Verteidigung der Menschenrechte zu helfen. Das geschah und geschieht aus dem Glauben heraus, dass „das Leben es wert ist, zusammen an etwas zu arbeiten“. In der heutigen Zeit haben wir uns dafür entschieden, den Frieden zu leben. Das bedeutet, dass man die direkte Gewalt, den Krieg, die sozialen Konflikte und die bedrückende Armut verlässt. Dagegen muss man eine Entwicklung für soziale Gerechtigkeit, für zivile, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte entwickeln. Diese Entwicklung muss nachhaltig und von der Bevölkerung heraus organisiert sein.

## Aktuelles ...



## Partnerschaft braucht Gesichter

– und eine eigene Webseite

Die Abteilung Weltkirche und der Diözesanrat der Katholiken haben Mitte des Jahres das gemeinsame Projekt „Kolumbien Webseite“ initiiert, denn bisher gab es noch keine eigene Plattform, auf der alle Informationen rund um die Partnerschaft und das Partnerschaftsland Kolumbien einheitlich gesammelt wurden. Das hat jetzt ein Ende.

Auf [www.kolumbienpartnerschaft.de](http://www.kolumbienpartnerschaft.de) finden Sie eine kompakte Darstellung der Partnerschaft mit dem südamerikanischen Land, die einzelnen Projektpartner, Freiwillige und andere Fachkräfte, die in Kolumbien sind und waren, sowie Berichte über Besuche aus Kolumbien, politische Veranstaltungen zu dem Land hier im Bistum Aachen oder sonstige Meldungen, die die Partnerschaft betreffen.

Daneben möchte man den Kolumbien-Freundinnen und -Freunden im Bistum Aachen die Möglichkeit geben, auf der Seite eigene Veranstaltungen, Reiseberichte oder sonstige Informationen, die Gemeinden, Eine-Welt-Kreise, Schulklassen oder Privatpersonen zu veröffentlichen.

Hierzu kann auf der Seite das Kontaktfeld genutzt werden, um mit den Verantwortlichen für die Webseite, Thomas Hoogen von der Abteilung im Bistum Aachen und Nicole Gabor vom Diözesanrat, Kontakt aufzunehmen. ■



### DAS LEBEN IST DER BESTE GRUND, GEMEINSAM ZU ARBEITEN

Die Beteiligung der Gemeindemitglieder an der Veränderung ihres Lebens und am Schreiben ihrer eigenen Geschichte impliziert, dass sie ihre eigene Meinung sagen und nicht die von anderen. Die Beteiligung benötigt einen Dialog. Ein Dialog bedeutet, dass die Personen ihre eigene Wahrnehmung eines Projektes, eines Problems miteinander teilen und ihre eigene Meinung und Ideen haben. Es impliziert auch, dass sie die Möglichkeit haben, Entscheidungen zu treffen, ihre eigenen Schlussfolgerungen zu fällen und auch einen Rückschlag zu riskieren. All das impliziert einen Prozess des gemeinsamen Lernens.

Die Organisation Concern Universal Kolumbien glaubt an ihre Weisung: Das Leben ist der beste Grund, um gemeinsam zu arbeiten, daran zu glauben, dass eine Gesellschaft ihre Konflikte friedlich lösen und dass sie Platz für Leben und Entwicklung für ihre Mitglieder bereitstellen kann. Deswegen haben wir immer an Frieden geglaubt.

Man muss zuerst lernen, ein demokratischer Bürger zu sein und der Rest kommt von alleine, sagt Siobhan Mcgee, Geschäftsführerin der Organisation Concern Universal in Kolumbien, wo ich arbeite. Sich bewusst zu machen, dass man Bürger ist, ist ein wichtiges Erfordernis für die Menschen Kolumbiens in der

Zeit des Postkonfliktes. Denn durch diese Einstellung wird den Menschen erst bewusst, dass sie sich im Prozess des Aufbaus befinden. Dieser Prozess wird bewusst und konsequent durch die Bildung. Und die Bildung ist gesprochenes und geschriebenes Wort sowie Taten. Die Bildung kriert die Kultur, die Suche nach der Kurve des Glücks, nach Frieden und nach Lösung von Konflikten.

Wenn wir von Frieden sprechen, sehen wir folgendes Dreieck, was durch diese drei Punkte geformt wird:

1. den Entschluss, Konflikte friedvoll und ohne Waffen zu lösen,
2. die Existenz von Werten,
3. und ein Minimum an einem lebhaften, fairen Miteinander in Szenarien, in denen man diskutiert und in Dialog miteinander kommt.

Frieden ist ein vitales Miteinander, weil Versöhnung und Frieden nur durch die Alltäglichkeit jedes Einzelnen lebt: in der Nachbarschaft, in der Schule, im Kiosk um die Ecke, im öffentlichen Nahverkehr, in der Bar, der Eisdielen, in der Arbeitsstätte, etc.

Es gibt ein weiteres Element, was notwendig ist im Aufbau einer neuen Gesellschaft im Rahmen der Zeit des Postkonfliktes. Man muss den Glauben an den Kreis der Gewalt zerbrechen und durch den Glauben an eine friedliche Lösung des Konfliktes ersetzen. Dabei

glaube ich, dass dafür folgende Aktionen wichtig sind:

- Förderung der Institutionalisierung des Friedens,
- Aufbau von Vertrauen und einer institutionellen Legitimation,
- Entwicklung der lokalen Fähigkeiten zur Versöhnung und Integration.

Am 2. Oktober hat Kolumbien „Nein“ zum Friedensvertrag gesagt. Die Ironie dieser Nation: Der Krieg hält uns zusammen, um gemeinsam zu arbeiten und von einer besseren Zeit zu träumen. Aber als der Frieden kam, haben wir uns zwischen dem „Ja“ und dem „Nein“ entzweit. Siobhan Mc Gee, voller Hoffnung, zitierte in diesem Moment Seamus Heaney:

*„History says don't hope.  
In this side of the grave.  
But then, once in a lifetime  
The longed for tidal wave  
of justice can rise up  
and hope and history rhyme.“*

*„Geschichte sagt, hoffe nicht.  
Diesseits des Grabes.  
Aber dann, einmalig im Leben  
kann die lang ersehnte Flutwelle  
der Gerechtigkeit steigen  
und Hoffnung und Geschichte  
reimen sich.“*



Wir beginnen heute einen neuen Weg. Es scheint, dass die Guerreros, die immer ein Leben mit Tod, im Hass, in Dunkelheit, ein Leben des Betrugs und der Blauäugigkeit der Armen und Bildungslosen lebten, zu überzeugen wussten, dass Krieg besser ist als Frieden.

Aber es gab auch eine Gruppe von Friedens-Engagierten, die nicht ihr „Ja“ mit genügend Vehemenz ausgedrückt haben. Darunter die katholische Kirche, die nicht ihren Auftrag der Verpflichtung für Frieden erfüllt hat. Es gab Gläubige, deren Angst größer war als ihr Glaube.

Die Gemeinden, wo der Konflikt am meisten gewaltvoll verlief, haben „JA“ zum Frieden gesagt. Es ist das kleine Licht in der Dunkelheit. Die internationale Begleitung des Friedensprozesses war präsent und notwendig, sowie die Verleihung des Friedensnobelpreises an Juan Manuel Santos. Die Regierung und die FARC sind an ihrem höchsten Punkt der Geschichte angekommen. Die notwendige Energie, um von vorne zu beginnen, ist vorhanden. Es ist die Freiwilligkeit, dass man die schreckliche Nacht der Gewalt verlassen und in eine Zeit von Frieden und Versöhnung wiedergeboren sein möchte.

In diesen Tagen war der erste Volkstentscheid, die Schweigemärsche von Frauen, Kindern, Lehrern, Opfern, Künstlern, Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender und sozial Engagierten, dann die Märsche voller Farben, Stimmen und Weisungen, die forderten „Acuerdo Ya“ (Friedensvertrag unterschreiben JA). Jetzt bleibt das Warten, dass die Vorschläge derjenigen, die für ein „Nein“ gestimmt haben, am Verhandlungstisch in Havanna diskutiert werden. Dabei sind es fünf Punkte, die zur Debatte stehen:

1. die Garantie des Rechts auf Landbesitz für Kleinbauern und die im Lauf des 52-jährigen Krieges Vertriebenen,
2. die Übergangsgerechtigkeit,
3. die transnationale Justiz,
4. die politische Beteiligung nach der Umwandlung der Guerilla in eine politische Partei,
5. die Qualifizierung des Drogenhandels als politisches Verbrechen im Rahmen des Konfliktes.

So ist es: Die Würde ist das Letzte, was man verliert, man behält sie, auch wenn dafür die Unterstützung der Frauen und

Männer nötig sind, die an eine neue kolumbianische Nation mit Versöhnung und Frieden geglaubt haben, und unsere deutschen Freunde.

John Hume, Friedensnobelpreisträger im Jahr 1998, hat anlässlich des 25-jährigen Jubiläums 2002 der Dachorganisation Concern Universal in England gesagt „Ein sicherer Weg für die jetzige Stunde Kolumbiens ist der Weg der Bildung in Frieden, der friedlichen Konfliktlösung und des friedlichen Zusammenlebens in der Unterschiedlichkeit: Das ist der Weg, den Concern Universal geht. Diese Verpflichtung zum Frieden durch Bildung bewundere und respektiere ich sehr in der Arbeit von Concern Universal in Kolumbien. Das ist der Weg, den man jetzt einschlagen muss, in der Suche nach Leben und Respekt für die Diversität.“

Deswegen behalten wir den Glauben, behalten wir die Hoffnung und behalten wir den Mut. Paz y Bien. ■

*Jaime Daniel Bernal Gonzáles, Projektkoordinator, Fundación Concern Universal Kolumbien*

## Die Vereinbarungen zwischen der Regierung Santos und den FARC

Wechselbäder der Gefühle kennzeichneten die beiden Wochen mit der feierlichen Unterzeichnung der Vereinbarungen zwischen der Regierung Santos und den FARC am 26. September 2016 in Cartagena, der knappen Ablehnung dieser Vereinbarungen im Volkstentscheid vom 2. Oktober, der Bekanntgabe von Präsident Santos wie der FARC, den Waffenstillstand für einen Monat zu verlängern und den Friedensvertrag neu zu verhandeln, sowie der Entscheidung des Nobelpreiskomitees am 5. Oktober in Oslo, den Friedensnobelpreis an Präsident Santos zu verleihen. Was also ist so bedeutsam und gleichermaßen umstritten an diesen Vereinbarungen, die große Hoffnungen auf einen Frieden in Kolumbien geweckt haben und dennoch völlig offen lassen müssen, ob der Weg zu einem Frieden eingeschlagen oder hintertrieben werden wird?

Santos war 2002 – 2010 in der Regierung Uribe Kriegsminister und trug dessen Politik mit, die FARC militärisch besiegen zu wollen. Nachdem er aber 2010 zum Präsidenten gewählt wurde, führte er nicht mehr Uribes Politik fort, sondierte sehr bald bei den FARC und begann offizielle Gespräche mit den FARC am 18. Oktober in Oslo und ab 19. Oktober in Havanna mit sechs Verhandlungspunkten: 1. ländliche Entwicklung, 2. politische Teilhabe, 3. Ende des Konflikts, 4. illegale Drogen, 5. die Opfer des Konfliktes sowie 6. die Umsetzung und Überprüfung der Vereinbarungen.

### 1. LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Nach Beendigung der Violencia, des zweiten Bürgerkriegs Kolumbiens mit über 200.000 Toten (1948-1953),

siedelten in Bergregionen Tolimas Kleinbauern in autonomen Dörfern und suchten sich in der noch unruhigen Zeit mit Waffengewalt gegen Übergriffe zu schützen. Nach einem Angriff der Armee gegen diese Dörfer gründete sich 1964 der sog. Bloque Sur, aus dem 1966 die FARC hervorgingen. Die Nähe des ersten Verhandlungsgegenstands mit den Ursprüngen der FARC ist greifbar. Darin ging es vor allem um die Zukunft kleinbäuerlicher Landwirtschaft, die neben Großgrundbesitz und großflächiger Landwirtschaft gesichert werden soll. Dies soll über einen Landfonds mit zunächst 3 Millionen ha Flächen in bisher ungenutzten Gebieten sowie die formale rechtliche Sicherung von 7 Millionen ha kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe geschehen, weiterhin über Investitionen in die ländliche Infrastruktur mit Straßen, Bewässerung

und elektrischer Versorgung sowie in Gesundheit, Bildung, Wohnen und Bekämpfung der Armut.

## 2. POLITISCHE TEILHABE

Kolumbien hatte sich 1991 eine neue Verfassung gegeben, die Verbesserungen der politischen Beteiligung sowie der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte brachte und die Unabhängigkeit der Justiz stärkte. Doch der politische Alltag sieht anders aus, die Straflosigkeit bei politischen Delikten blieb hoch. Dennoch sind in Kolumbien seit den 1990er Jahren trotz Repression, Bedrohung und Morden viele zivilgesellschaftliche Organisationen entstanden. In „Politische Teilhabe“ geht es um Garantien für die politische Arbeit der Opposition und deren Sicherheit, um demokratische Mechanismen bürgerschaftlicher Teilhabe und um die Förderung eines politischen Pluralismus. Für besonders vom Konflikt betroffene Gebiete sind insgesamt 16 speziell zugeschnittene Wahlkreise mit auf zwei Legislaturperioden begrenzten Mandaten vereinbart worden.

## 3. DAS ENDE DES KONFLIKTES

Diese Vereinbarungen betreffen Waffenstillstand und Abgabe der Waffen, die Wiedereingliederung der FARC ins zivile Leben und ihre parlamentarische Beteiligung als Partei. Für zwei Wahlperioden wurden den FARC je 5 Sitze in Parlament und Senat garantiert, was in der politischen Auseinandersetzung um das Abkommen ein gewichtiges Argument für dessen Ablehnung wurde. Schon 1985 demobilisierten Teile der FARC und gründeten eine Linkspartei, die Unión Patriótica, von der über 3.500 Mitglieder und Mandatsträger in kurzer Zeit ermordet wurden. Dieses Risiko mochten die FARC nicht wieder eingehen, so dass Garantien und Maßnahmen zu ihrer Sicherheit vereinbart wurden. Dazu gehört auch, gegen die Verantwortlichen für die Bedrohung sozialer Organisationen und von Menschenrechtsverteidigern vorzugehen.

## 4. ILLEGALE DROGEN

Die FARC hatten sich in hohem Maß über Drogenhandel finanziert, waren aber nicht die einzigen Akteure in diesem Feld und wohl nicht die größten. Dies dürften eher die paramilitärischen

Gruppen sein, zudem gibt es die im Drogenhandel organisierte Kriminalität. Demobilisierung und Ausstieg der FARC aus Drogenanbau und -handel bieten Anlässe zu Reduzierung und Lösungen dieser Probleme. So wurden Programme zum Ersatz für den Anbau illegaler Drogen, zur Prävention und gegen Drogenkonsum sowie Wege für Lösungen bis hin zu einer internationalen Konferenz bei Herstellung und Handel mit Drogen vereinbart.

## 5. DIE OPFER DES KONFLIKTS

Es war der schwierigste, aber auch umfangreichste Verhandlungspunkt, für den Regierung und FARC eineinhalb Jahre bis zum 15. Dezember 2015 benötigten. Er beinhaltet

- ein integriertes System der Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nicht-Wiederholung,
- die Übergangsgerechtigkeit für den Frieden,
- sowie die Verpflichtung zu den Menschenrechten.

Bürgerkriegsopfer forderten schon lange vor den Friedensgesprächen Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Präsident Santos hatte im Frühjahr 2012 das Gesetz 1448 zur Rückgabe geraubten Landes eingebracht sowie im Juli 2012 eine Verfassungsänderung, um eine Übergangsgerechtigkeit zu schaffen, wozu ein Staat nach der Charta der Vereinen Nationen berechtigt ist. Eine Schlüsselfrage ist, wieviel juristische Gerechtigkeit zugunsten des Friedens, der ebenfalls als Rechtsgut zu sehen ist, geopfert werden kann. Laut Friedensvereinbarungen kann amnestiert oder begnadigt werden, aber nicht – wie in Art. 40 zur Übergangsgerechtigkeit festgelegt – bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, schwerwiegenden Kriegsverbrechen, Folter, Freiheitsberaubung, Rekrutierung von Kindern, Vergewaltigung u.a. Wird die Wahrheit über Geschehenes offen gelegt und anerkannt, ist dies strafmildernd. Die Strafen haben – gemäß Art. 60 – einen wiedergutmachenden Charakter, z.B. bei Programmen der Entschädigung für vertriebene Bauern, bei der Ersetzung des illegalen Drogenanbaus, der Entwicklung des ländlichen Raums, bei kommunaler Infrastruktur oder Stadtentwicklungsprogrammen, der Beseitigung von Kampfmittelrückständen und

Minen. Für sehr schwerwiegende Kriegsverbrechen sind Freiheitsstrafen von 5 bis 8 Jahren vorgesehen oder von 15 – 20 Jahren, wenn diese nicht offen gelegt werden.

Opfervereinigungen signalisierten, dass sie nicht auf Haftstrafen beständen, sondern es ihnen um Wahrheit, die Aufdeckung von Verantwortlichkeiten und Hintergründen, um die Klärung des Verbleibs von Toten und Verschwundenen und Wiedergutmachung gehe. Höchst wichtig für die Aufarbeitung des Geschehenen war die Einladung von 60 Opfern nach Havanna, wo diese über den Horror und die Brutalität, die ihnen widerfahren war, aussagten. Es wurde deutlich, dass diese von allen Bürgerkriegsparteien begangen wurden, keiner konnte mehr die Verbrechen der Gegenseite zuschieben. Vor dem Volksentscheid argumentierten Gegner der Vereinbarungen mit zu geringen Strafen für die FARC, obwohl 2003 - 2006 die Regelungen der Regierung Uribe zu demobilisierten Paramilitärs ähnliche Strafmaße vorsahen.

## 6. UMSETZUNG UND ÜBERPRÜFUNG DER VEREINBARUNGEN

Dieser Punkt enthält Mechanismen und Prioritäten der Umsetzung, die Aufgaben einer Kommission für die Umsetzung und Überprüfung der Friedensvereinbarungen einschließlich einer internationalen Beteiligung und einen Zeitplan für die ersten 12 Monate. ■

*Bernhard Möller, Mitglied der Kolumbien-Kommission und Kolumbien-Aktiver in Krefeld*



## Oberste Priorität hat der Friedensprozess

*Interview mit Padre Manuel bei seinem Antrittsbesuch im Bistum Aachen*

Padre Manuel Hernando Vega León ist seit einem Jahr neuer Verantwortlicher für die Partnerschaft mit dem Bistum Aachen in der kolumbianischen Bischofskonferenz. Bei seinem Besuch in unserer Diözese konnten wir ihm einige Fragen stellen.

**Wie sieht die Arbeit eines Verantwortlichen für die Partnerschaft aus? Was sind Ihre Aufgaben?**

Ein großer Baustein ist dafür zu sorgen, dass die finanzielle Hilfe für den Aufbau der Kirche richtig ankommt. Ich bilde in diesem Sinne die Brücke zwischen Adveniat, das die Gelder aus Aachen übermittelt, und unseren vielen Priesterseminaren, die eine qualifizierte Ausbildung des Klerus gewährleisten. Alle fünf Jahre handeln wir auf nationaler Ebene die Verteilung der Fördermittel zwischen den Seminaren neu aus.

Des Weiteren organisiere ich auf kolumbianischer Seite den gemeinsamen Gebetstag mit dem Bistum Aachen. Ich organisiere die Reisen, wenn sich Gäste aus Deutschland ansagen, und reise natürlich selbst mit. Dadurch habe ich Kolumbien bereits jetzt besser kennengelernt, als es mir bisher in meinem Leben möglich war. So bekomme ich auch Kontakt zu den Freiwilligenprojekten, die über Dritte in unserem Land initiiert und mit Leben gefüllt werden.

**Partnerschaft zwischen der Kirche in Kolumbien und dem Bistum Aachen – was heißt das für Sie?**

Das Erste, was ich dazu sagen möchte: Wir sind Teil einer Kirche, bei allen Unterschieden in Kultur und Wirklichkeiten. Uns erfüllt beide der Eifer, das Evangelium zu verkünden. Wir sind eine Weltkirche – das erfüllen und leben wir in der Partnerschaft.

Das Zweite: Wir können voneinander lernen. Als Kirche sind wir in Kolumbien bei aller großen Volksfrömmigkeit auch auf dem Weg der De-Christianisierung, gerade in den großen Städten. Wir suchen nach neuen Wegen, das Evangelium zu verkünden – von manchen Ansätzen und Erfahrungen kann sicher auch die Kirche in Deutschland lernen. Besonderes Augenmerk lege ich auf die



Hilfe zur Selbsthilfe, die wir mit unserer Sozialpastoral leisten. Die Lebenssituation der Menschen zu verbessern, ist geliebtes Evangelium.

Das Dritte: die finanzielle Hilfe. Der Klerus in Kolumbien hat eine gute Ausbildung erfahren. Das findet seinen Ausdruck darin, dass inzwischen alle Bischöfe aus unserem eigenen Land stammen. Unglaublich viele Priester erfahren eine Weiterbildung, die sie auf Leitungsaufgaben vorbereitet. Das ist eine gute Frucht der Aachener Förderung.

**Haben Sie Ideen für die Partnerschaft oder gar eine Vision? Welche Ziele verfolgen Sie in dieser Position?**

Zunächst einmal ist mir wichtig, die Partnerschaft fortzusetzen und zu vertiefen. Die kolumbianische Kirche wird auch der deutschen Kirche etwas geben. Wenn kolumbianische Priester einen Auftrag in Deutschland hätten, wäre das für mich ein Zeichen der Reife der einen katholischen Kirche und wir könnten etwas zurückgeben als Zeichen der Partnerschaft und der Brüderlichkeit. Zugleich steht uns bei den Priesterseminaren ein Rückbau ins Haus, wie in Deutschland vollzieht sich hier ein Wandel, allerdings auf einem anderen Niveau.

Was für mich wie auch für die kolumbianische Kirche insgesamt in nächster Zeit

absolute Priorität hat, ist der Friedensprozess – die Wiederherstellung des Landes in Frieden. Dafür braucht es alle Unterstützung, da müssen wir Geld investieren. Wir leisten unseren Beitrag zur Versöhnung, etwa, indem wir unmittelbar mit Kämpfern arbeiten und sie bei ihrer Eingliederung in die Gesellschaft unterstützen. Die meisten kennen nur Gewalt aus ihrem Leben.

**Was kann die Partnerschaft in diesem Umbruch einbringen? Was wünschen Sie sich von den deutschen Partnern?**

Wir sind dankbar für alle Unterstützung, die wir auf verschiedenen Ebenen erhalten. Ich denke an beispielsweise an die Friedensdienstler und Freiwilligen, die in Kolumbien aktiv sind. Ich denke auch an die Bemühungen des emeritierten Bischofs Heinrich Mussinghoff, der mit einer Konferenz in Berlin wichtige Impulse zum Friedensprozess beigesteuert hat.

Was uns gut tut, uns ermutigt und erfrischt, ist die Solidarität, die wir von unseren deutschen Partnern erhalten. Das ist eine große Hilfe von außen, die uns bestärkt in der schwierigen Arbeit, Frieden und Versöhnung in unserem Land zu verankern. ■

*Das Interview führte Nicole Gabor und Thomas Hohenschue.*

## Denn es geht nicht nur um Hilfe

Wie Sozialpastoral im Chocó mit politischem Engagement an den Lebensbedingungen mitarbeitet



Tanz - Kunstworkshops für Jugendliche in der Stadt Quibdó.

20. Juli, Nationalfeiertag in Kolumbien, dem Partnerland des Bistums Aachen. Überall im Land hängt an jedem öffentlichen Gebäude und auch an vielen Privathäusern die Nationalflagge. Nur im Chocó, in den Pazifikniederungen, war dieses Jahr weit und breit keine gelb-blau-rote Fahne zu sehen.

Die Chocoaner, 85 % Afroamerikaner, 10% Indigene und 5% nach und nach zugewanderte Mestizen aus dem Landesinneren, waren es endlich leid, die chronische Vernachlässigung ihres Departements durch die Zentralregierung noch länger hinzunehmen. Statt der obligatorischen Militärparade zog diesmal ein Protestmarsch durch die Straßen von Quibdó, wie die Hauptstadt des Chocó bisher noch keinen erlebt hatte. Viele tausende empörte Bürgerinnen und Bürger schwenkten von Schülern angefertigte und verteilte Papierfähnchen in den Farben des Chocó: grün-gelb-blau.

Für das Bistum Quibdó, das sich seit Jahrzehnten an der Seite der ethnischen Minderheiten für soziale Gerechtigkeit einsetzt, war es selbstverständlich, sich bei diesem Protest zu engagieren. Besonders der Mitarbeiterstab der Sozialpastoral hatte sich mit einem Transparent auf diesen Tag vorbereitet und

marschierte als Block, mit dem erst vor drei Jahren ernannten, noch jungen Bischof Juan Carlos Barreto mittendrin. Der Marsch sollte ein Test sein, ob die bisher schweigende Mehrheit bereit war, sich zu mobilisieren, um endlich wirksame Maßnahmen zur Verbesserung des katastrophalen Zustands der Gesundheits-Trinkwasser- und Energieversorgung, des Schulsystems und der Straßenverbindungen, sowie zur Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit und Kriminalität durchzusetzen. Das Ergebnis des Tests war deutlich und brachte das „Bürgerkomitee für die Rettung und die Würde des Chocó“ zur Entscheidung, einen unbefristeten Generalstreik auszurufen, der am 17. August begann.

### SEIT 30 JAHREN EIN PASTORALPLAN, DER SICH AN DER BEFREIUNGSTHEOLOGIE ORIENTIERT

Die Arbeit der Sozialpastoral beschränkt sich hier in Quibdó schon lange nicht mehr auf helfende Programme für Arme und Bedürftige. Natürlich gibt es nach wie vor Situationen, in denen Menschen unbürokratisch und schnell geholfen werden muss, vor allem, wenn ihr Leben wegen Krankheit oder Gewalt in Gefahr gerät. Doch seitdem vor gut 30 Jahren

in der Diözese ein an den Grundsätzen der Befreiungstheologie orientierter Pastoralplan erarbeitet wurde, liegt der Schwerpunkt bei Initiativen zur Schaffung und Stärkung von Organisationsprozessen in denjenigen Bevölkerungsschichten, die historisch von den Dienstleistungen des Staates ausgeschlossen waren und es zum großen Teil bis heute noch sind. Das Ziel ist immer, den Menschen die notwendigen Kenntnisse über ihre Rechte zu vermitteln, damit sie politische Handlungsfähigkeit zur Wahrnehmung ihrer Interessen erlangen. Andererseits geht es aber auch darum, in allen Bereichen Eigeninitiativen zu fördern, wo immer möglich als Gruppenprozesse, um nicht einer Bittstellermentalität Vorschub zu leisten, die, hervorgerufen durch existentialistische Regierungsprogramme, in letzter Zeit leider verstärkt um sich greift.

Die Aktivitäten der Sozialpastoral werden grundsätzlich in Teamarbeit ausgeführt. Die Kommission für Leben, Gerechtigkeit und Frieden widmet sich vor allem der Arbeit mit den Opfern des Gewaltkonflikts. Hier sind die Hauptarbeitsfelder das öffentliche Anzeigen der Gewalttaten, die Rechtsberatung, die Pflege der Erinnerung an die Opfer und die psychosoziale Begleitung



der Vertriebenen und der Angehörigen der Ermordeten und der Verschwunden. Letztere geht in der Regel einher mit der Förderung von Initiativen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der betroffenen Familien. Die Gruppen werden zum größten Teil von Frauen gebildet, die durch die Produktion und den Vertrieb von Handarbeiten, Kunsthandwerk und Lebensmitteln bescheidene Einkünfte erzielen und dabei gleichzeitig eine Steigerung ihres Selbstwertgefühls erfahren.

Die Gesundheitspastoral hat sich zum Ziel gesetzt, dass jeder den Zugang zur staatlich garantierten Gesundheitsversorgung findet, auf die alle einen Anspruch haben, die in keinem festen Arbeitsverhältnis mit Krankenversicherung stehen, was auf die große Mehrheit der Bevölkerung zutrifft. Da gerade das Gesundheitswesen am schlimmsten von der allgemeinen Korruption betroffen ist, ist hier in erster Linie oft der Beistand von Rechtsanwältinnen gefragt, um die Ansprüche auf Behandlung zur Not mit der Androhung von Klagen zu erzwingen. Ein Arzt, eine Krankenschwester und ein Fachmann für Naturheilkunde widmen sich währenddessen vor allem der Ausbildung von Hebammen und Hilfskrankenschwestern für den Dienst in weit abgelegenen Urwaldgebieten.

### EIN BESONDERES AUGENMERK LIEGT AUF DER ARBEIT MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN

Besonders aber leiden Kinder und Jugendliche unter dem bewaffneten und sozialen Konflikt, 47 % der Bevölkerung im Chocó ist minderjährig. Die Sozialpastoral setzt dabei nicht nur auf präventive Arbeit in ihren Kirchengemeinden, sondern versucht auch, gefährdeten und rekrutierten Jugendlichen einen Ausweg zu bieten. Ein Großteil der Kinder wächst ausgegrenzt in der Hauptstadt Quibdó in vernachlässigten Stadtvierteln heran, ihr Alltag ist geprägt durch strukturelle Armut, aber auch durch die Gewalt und Willkür von bewaffneten, illegalen Gruppierungen, kriminellen Banden und Jugendbanden, die sich in einem ständigen Revierkampf um das Geschäft mit Schutzgelderpressung und Drogenhandel befinden. Das schlechte Schul- und Ausbildungssystem, fehlende Möglichkeiten bei der Freizeitgestaltung und die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit

bieten nur wenigen jungen Menschen einen Ausweg aus der Perspektivlosigkeit. Ein idealer Nährboden für die Rekrutierung von neuen Mitgliedern für die verschiedenen illegalen Akteure.

Darum bemüht sich die Sozialpastoral in ihrer Arbeit der aufsuchenden Straßensozialarbeit, über sportliche und künstlerische Angebote den Dialog vor allem auch zu den gefährdeten oder bereits involvierten Heranwachsenden und deren Familien herzustellen, denn die betroffenen Mütter sind häufig auch schon Opfer von Gewalt und Vertreibung aus ländlichen Gebieten geworden. Ziel ist es, das Vertrauen der Kinder und Jugendlichen zu gewinnen, sie anzuregen, über ihre Situation, ihre Alltagsgestaltung und die grundlegenden Normen von friedlichem Zusammenleben nachzudenken, um sie dann bei der Entwicklung alternativer Zukunftsperspektiven und einer neuen Rolle im Familiensystem und Nachbarschaftsgefüge zu unterstützen. Nicht immer können die Jugendlichen vor Ort bleiben. Wissen sie bereits zu viel über die Strukturen der Gruppen, würden sie den Ausstieg nicht überleben. Gemeinsam mit der Familie muss dann überlegt werden, wo sie Schutz finden können.

Ein wichtiges Anliegen dieser Arbeit ist es jedoch auch, die Problemlagen der Kinder- und Jugendlichen aus den marginalisierten Stadtvierteln für Politik und Gesellschaft sichtbar zu machen und die Umsetzung einer adäquaten Kinder- und Jugendpolitik einzufordern.

Das Künstlerkollektiv „Alianza Urbana“ unterstützt die Sozialpastoral in ihrer Lobbyarbeit und versucht mit ihren HipHop-Texten und Videoclips, die komplexe Situation der Jugend und mögliche Lösungsansätze für die Problemlagen künstlerisch verpackt aufzuzeigen. Selbst einst in einer ähnlichen Situation, brechen die jungen Künstler heute selbstbewusst mit ihrer Musik das Schweigen, erzählen in ihren Liedern authentische Geschichten und leisten so auf friedliche und konstruktive Weise Widerstand gegen die permanente Gewaltkultur. Ihre Stimme soll jedoch nicht nur als ein Ventil oder Sprachrohr dienen, sondern auch andere Kinder und Jugendliche zu selbstkritischem Denken und friedlichem Miteinander ermuntern. Mit ihrer Schulkampagne „Camino hacia la paz“ (Der Weg zum Frieden) kommen sie durch ihre Musik

und Videos mit den Schülern leicht ins Gespräch, über den Friedensprozess in Kolumbien, die Situation in den Stadtvierteln und warum der Friede nur gelingen kann, wenn jeder einzelne Kolumbianer dazu seinen ganz persönlichen Beitrag leistet.

### MIT GENERALSTREIK ZU ABKOMMEN – UND DIE KIRCHE MITTENDRIN UND DER GARANT

Mit einer derartigen Ausrichtung ihrer Sozialpastoral war die Diözese Quibdó natürlich dafür prädestiniert, beim Generalstreik im August eine wichtige Rolle zu spielen. Der Streik zog sich eine ganze Woche hin. Geschäfte, Banken, Behörden, öffentlicher Verkehr, Schulen und Büros, alles war stillgelegt. Die Regierung verlegte sich auf eine Hinhaltenaktik, um die Durchhaltekraft der Streikenden zu ermüden. Doch die Beteiligung an den täglichen Protestmärschen wurde nicht weniger, sondern nahm deutlich zu. Die Regierung versuchte, die Berechtigung des Streiks abzustreiten, und behauptete, keine vorherige Regierung hätte so viel in den Chocó investiert wie die jetzige. Die Diözese gab daraufhin ein Communiqué heraus und erklärte den Streik für völlig gerechtfertigt. Schließlich blieb der Regierung nichts anderes übrig, als einzuliegen. Denn im Rahmen des aktuellen Friedensabkommens mit der FARC-Guerilla konnte sie es sich einfach nicht leisten, diesen friedlichen Protest gewaltsam niederzuknüppeln zu lassen. Am Abend des 23. August wurde von höchsten Regierungsvertretern ein Abkommen unterzeichnet, das alle Forderungen des Bürgerkomitees akzeptiert und sich zur Finanzierung der entsprechenden Projekte verpflichtet. Der Bischof unterzeichnete als Garant. So wurde für die gesamte Bevölkerung deutlich, dass die Diözese Quibdó auch unter dem „neuen“ Bischof ihr soziales und politisches Engagement aufrechterhält. ■

*Michaela Pfister und Ulrich Kollwitz,  
Sozialpastoral der Diözese Quibdó*





## Besuch aus Kolumbien

### Bischof José Luis Henao Cadavid über die Herausforderungen in seinem Bistum

Freiwilligen-Austausch „Sozialen Dienstes für Frieden und Versöhnung“ mit den Organisationen, bis der BDKJ Aachen diesen dann übernahm.

Líbano ist eine sehr kleine Stadt, die circa 30.000 Bewohner hat. Der Marktplatz vor der schönen, weißen Kirche bildet den Kern der Kleinstadt. Wenn man auf dem Platz steht, würde man nicht denken, dass der Speckgürtel von Líbano aus Wellblechhütten besteht. Sehr viele Geflüchtete des bewaffneten Konflikts leben dort. Líbano ist umgeben von Natur. Viele Bauern leben in dem Bistum, die Kaffee und Bananen anbauen.

#### LANDFLUCHT IST EIN GROSSES PROBLEM

Für Monseñor José Luis Henao Cadavid gibt es einige Herausforderungen in seinem Bistum. Neben der verbreiteten Armut und sozialen Problemen im Bistum sieht er eine große Schwierigkeit in der Landflucht. Viele Jugendliche möchten nicht im landwirtschaftlichen Betrieb ihrer Eltern einsteigen oder sehen für sich keine Zukunft in der Agrarwirtschaft. Sie flüchten in die Städte, wo sie ohne Ausbildung keine Anstellung finden. Das

Bistum versucht durch Fortbildungs- und Ausbildungsprojekte im landwirtschaftlichen Bereich, dieser Entwicklung entgegenzusteuern.

Zudem bemerkt der Bischof, dass viele Jugendliche im Bistum Kontakt mit Drogen haben. Ihre Drogenabhängigkeit führt zu Kriminalität und Prostitution. Sie sind in diesem „Laufrad“ gefangen. Auch in diesem Bereich helfen verschiedene Projekte, die die Sozialpastoral des Bistums gemeinsam mit unterschiedlichen Organisationen und Orden durchführt. Zu den Organisationen gehören auch CREAMOS und Hogar del Niño. CREAMOS ist ein Verbund von Ehrenamtlichen, die in den Stadtteilen im Speckgürtel von Líbano tätig sind, um dort die Lebenssituation der Menschen durch Fortbildungen und anderen Aktionen zu verändern. Hogar del Niño ist eine Einrichtung, die Kindern aus schwierigen Verhältnissen eine Hausaufgaben- und Freizeitbetreuung bietet. Zudem werden im Hogar del Niño auch Kinder aufgenommen, die ihre Familien zeitweilig verlassen müssen. ■

*Nicole Gabor, Referentin beim Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen*

**Monseñor José Luis Henao Cadavid, Bischof von Líbano-Honda, besuchte das Bistum Aachen Mitte September 2016. Er erzählte uns von den Herausforderungen, denen er sich in seinem Bistum zu stellen hat.**

Im Bistum Líbano-Honda leben circa 250.000 Katholiken. Das kirchliche Zentrum im Bistum ist die Kleinstadt Líbano. Mit der Stadt fühlt sich der Diözesanrat sehr verbunden, denn dort befinden sich seine Partnerorganisationen CREAMOS und Hogar del Niño. Bis 2013 organisierte der Diözesanrat den

## Das entspricht eher meinen Vorstellungen von Sinnhaftigkeit

### Anselm Kanwischer geht für drei Jahre als Menschenrechtsarbeiter nach Cali

**Bitte erzähle kurz zu Deiner Person: Name, Alter, woher Du kommst, was Du in der Vergangenheit gemacht hast und was Du in der Zukunft machen wirst.**

Mein Name ist Anselm Kanwischer, ich bin 32 Jahre alt und in Kerkrade geboren. Leider habe ich nie Holländisch gelernt, da ich mit 15 Monaten dort weggezogen bin und meine Eltern aus Baesweiler bzw. Waldniel kommen. Ich bin des Öfteren im Leben umgezogen und fühle mich sowohl in NRW, als auch in Hessen heimisch. Mein Abitur habe ich in Gießen gemacht, meinen Zivildienst

in einer Arche in Kanada und studiert habe ich Jura an den Unis Passau und Münster. Für mein Referendariat bin ich nach Düsseldorf gegangen und nach dem 2. Staatsexamen habe ich zwei Jahre lang in der Privatwirtschaft gearbeitet.

Da dies nicht dem entspricht, was ich in den nächsten Jahren weiter verfolgen will, habe ich mich Ende letzten Jahres entschlossen, Wohnung und Job zu kündigen und mich umzusehen, wo meine Arbeit mehr gebraucht wird und meiner Vorstellung von Sinnhaftigkeit eher entspricht. Ich glaube, dies gefunden zu

haben, und werde ab Dezember für drei Jahre nach Cali, Kolumbien, gehen und hier mit dem Team der Sozialpastoral der Erzdiözese Cali arbeiten.

**Wie kam es, dass Du Dich entschieden hast, mit der AGEH/dem Bistum Aachen nach Kolumbien zu gehen, und was wirst Du da machen?**

Ich habe insbesondere im Bereich Menschenrechte Akteure und Organisationen recherchiert und kam so zur Sozialpastoral in Cali, welche verschiedene soziale Projekte für die Bürger Calis plant und durchführt, zum Beispiel bei der

Menschenrechtsbildung. Hier wurde ich freundlich aufgenommen und habe zunächst als Freiwilliger mitgearbeitet. Mit Unterstützung durch das Bistum Aachen und die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) wurde im weiteren Verlauf eine Stelle nach dem Entwicklungshelfergesetz geschaffen. Beide unterstützen mich jetzt in der Vorbereitung auf meinen Auslandseinsatz und während meiner Zeit vor Ort.

Vorrangig werde ich die Erzdiözese Cali in den Bereichen Menschenrechte, zivile Konfliktbearbeitung und Projektmanagement unterstützen. Das Team der Sozialpastoral, mit welchem ich arbeiten werde, ist in teils sehr unterschiedlichen sozialen Programmen und Projekten für die Bevölkerung tätig. Hierbei geht es beispielsweise um die Essensausgabe in armen Stadtvierteln bis hin zu Bildungs- und Aufklärungsarbeit verschiedener Schichten der Bevölkerung. Mein Schwerpunkt wird in erster Linie darin liegen, das Team bei der Planung und Durchführung von Projekten im Bereich Bildung und Stärkung der Zivilgesellschaft zu unterstützen.

**Warum ist es Kolumbien? Du hast ja auch andere Länder auf Deiner Reise besucht, oder?**

Kolumbien ist ein äußerst interessantes Land, welches leider einen schlechten Ruf hat. Die derzeitigen Nachrichten bezüglich des möglichen friedlichen Wandels werden in vielen Köpfen noch von dem Bild von Bürgerkrieg und Drogen überlagert. Natürlich gibt es vor Ort Probleme, was aber überwiegt, sind die große Anzahl an motivierten Menschen, die einen friedlichen Wandel hin von der Vergangenheit des gewaltsam ausgetragenen Konfliktes zu einem friedlichen Miteinander wollen. Hier zu versuchen diesen Wandel zu unterstützen ist eine spannende Aufgabe.

**Was verstehst Du unter der Partnerschaft zwischen dem Bistum Aachen und Kolumbien?**

Ich habe während der letzten drei Monate das Glück gehabt, durch Thomas Hoogen, Referent für weltkirchliche Aufgaben, entwicklungsbezogene Bildungsarbeit und Gemeindepastoral, einen Einblick in die Partnerschaft zwischen dem Bistum Aachen und der Kirche Kolumbiens zu bekommen und verschiedene Akteure der Partnerschaft kennenzulernen. Die Punkte, welche für



Andreas Kanwischer (r.) mit Maria del Rosario und Cristian - zwei Kollegen der Sozialpastoral Cali.

mich im Rahmen der Partnerschaft von besonderer Bedeutung sind, sind der Dialog und die gegenseitige Unterstützung der Akteure auf den verschiedensten Ebenen. Dies geht über den Austausch der Bischöfe über die mit der Partnerschaft betrauten Bistumsmitarbeiter hin zu sämtlichen im Bistum Aachen und Kolumbien ansässigen Organisationen und Menschen. Besonders die verschiedenen Unterstützungen von Friedensinitiativen in Kolumbien aus dem Bistum Aachen heraus sowie der persönliche partnerschaftliche Austausch und in diesem Rahmen ermöglichte Aufenthalte von Kolumbianern im Bistum Aachen und Bistumsangehörigen in Kolumbien ist für mich besonders positiv.

**Wie siehst Dein Beitrag zu dieser Partnerschaft aus?**

Ich werde gerne die gegenseitige Unterstützung und den Dialog der Beteiligten, so gut es geht, fördern. Dies zum einen mit meiner Anwesenheit vor Ort, bei welcher ich über das Bistum Aachen und die Partnerschaft berichten kann. Zum anderen aber natürlich als Kontakt für bereits in die Partnerschaft involvierte und hieran interessierter Bistumsangehöriger. Ich freue mich hierbei über Zuschriften oder gar Besuche und werde gerne Informationen aus Cali senden oder Kontakt zwischen Interessierten auf beiden Seiten herstellen. ■

Das Interview führte Nicole Gabor.

## Aktuelles ...

### Vollversammlung des Rates

**Am 6. Oktober 2016 tagte die Vollversammlung des Diözesanrates in der Bildungsstätte des BDKJ in Rolleberg.**

Zwei Themen bestimmten die Sitzung. Durch das Ausscheiden von Oliver Bühl aus dem Vorstand des Diözesanrates war eine Nachwahl notwendig geworden. Benedikt Patzelt, Diözesanvorsitzender des BDKJ im Bistum Aachen stellte sich zur Verfügung und wurde gewählt.

Im Studienteil zum Thema „Wahlen 2017 – zum Umgang mit der AfD“ diskutierte die Versammlung mit den Referenten Peter Pappert von der Aachener Zeitung und Dr. Annette Jantzen, theologische Referentin beim BDKJ-Bundesverband zu der Frage, wie rechtspopulistische Bewegungen und die AfD die Stimmung in der Gesellschaft verändert haben. Wie müssen wir als Christen deutlich Position beziehen? Laden wir zu unseren Veranstaltungen im Rahmen der Wahlen auch die Kandidaten der AfD ein? Am Ende des Studienteils erging der Auftrag an den Vorstand des Diözesanrates, ein Positionspapier zu formulieren. Mit dem gesamten Themenkomplex wird sich auch die nächste Ausgabe des „Überblick“ beschäftigen. ■



## Freiwillige nach Kolumbien – Freiwillige aus Kolumbien



Kinder und Jugendliche von Sueños Especiales erhalten Schulmaterial durch Spender des DPSG Diözesanverband Aachen.

**Juntos construimos un mundo mejor – Zusammen bauen wir eine bessere Welt. Das ist der Leitsatz der Organisation Sueños Especiales in Kolumbien.**

Seit nunmehr zwölf Jahren gibt es eine intensive partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg im DV Aachen und der Organisation in Kolumbien.

Partnerschaft bedeutet für uns, dass beide Seiten investieren und auch profitieren. Das können neue Erfahrungen, interessante Berichte, ein Blick über den Tellerrand und vieles mehr sein. In einem Projektzeitraum haben Kinder der DPSG typische Spiele aus Deutschland, z.B.

„Mensch ärgere dich nicht“, gebastelt und per Post nach Kolumbien geschickt. Im Gegenzug haben die Kinder und Jugendlichen von Sueños Especiales typische Spiele aus Kolumbien gebastelt und nach Deutschland geschickt. Begleitet von Briefen und Grüßen über das Internet war das ein bleibendes Erlebnis für alle Beteiligten.

Eine weitere Möglichkeit Partnerschaft zu leben ist die Entsendung von Freiwilligen nach Kolumbien und nach Deutschland. Seit nunmehr drei Jahren haben junge Menschen aus Deutschland die Möglichkeit, einen sozialen Dienst für Frieden und Versöhnung über die DPSG

Diözesanverband Aachen in Kolumbien zu leisten. Der Wunsch war jedoch schon immer präsent, dass auch ein Freiwilliger aus Kolumbien ein Jahr in Deutschland verbringen kann. Durch eine Kooperation mit dem DPSG Bundesverband und Adveniat haben wir in diesem Jahr zum ersten Mal eine Freiwillige aus Kolumbien hier in Deutschland begrüßen können und freuen uns auf einen weiteren Baustein in der Partnerschaftsarbeit der DPSG DV AC und Sueños Especiales. ■

*Petra Gohlke, Bildungsreferentin der DPSG Diözesanverband Aachen*

## Partnerschaft heißt, miteinander wachsen

### Zwei kolumbianische Studenten in Aachen

Jenn Gomez Torres und Freddy Cruz Baena sind zwei Studenten aus Kolumbien, die von der Kolumbienstiftung San-Pedro-Claver für ihr Studium an der Katholischen Hochschule in Aachen ein Stipendium erhalten haben.

Sie lassen ihre Jacken an, als wir uns im Café Kittel niedersetzen, um einen Café zu trinken. Die Kälte ist etwas, was Freddy nicht so gerne an Deutschland

mag. Er vermisst manchmal das schwüle Klima von Medellín, seiner Heimatstadt. Vor etwa einem Jahr hat er sich entschlossen, nach Deutschland zu kommen, um seinen Bachelor in Sozialer Arbeit hier zu absolvieren. In Kolumbien hatte er eine Firma für Medientechnik. Es ist nicht das erste Mal, dass Freddy in Deutschland ist. 2008 lebte er als Freiwilliger der KJG in Aachen. Seitdem besteht der Kontakt zu dem 34-jährigen

Kolumbianer, der mittlerweile zum festen Repertoire der Kolumbien-Arbeit gehört.

Dagegen ist Jenn noch ganz neu in der Domstadt. Sie hat über die Jesuiten in Bogotá von dem Stipendium erfahren und freut sich sehr, dass sie nun hier ihren Master in dem Studiengang „Soziale Arbeit“ machen kann. Seit September ist sie in Deutschland und hat ihren Auslandsaufenthalt in Bonn mit einem





Sprachkurs gestartet. „Es ist eine einmalige Erfahrung für mich, hier zu sein, und ich fühle mich richtig wohl in Aachen.“ Dabei steht für Jenn fest, dass sie nach dem Master-Abschluss wieder zurück nach Kolumbien will, um dort das Gelernte in der praktischen Arbeit anzuwenden.



Freddy ist noch unschlüssig, ob er zurück will. „Medellín ist zwar meine Heimat, aber es gibt dort auch Bandenkriege. Ich habe zwei Kinder und weiß nicht, ob sie in diesem Umfeld aufwachsen sollen.“ Noch hat Freddy zwei Jahre vor sich, um das zu entscheiden. Damit sein zehn Monate alter Sohn Aaron Cruz

nicht ohne ihn aufwächst, ist der Umzug seiner Freundin nach Deutschland geplant. „Wir suchen derzeit einen Platz für sie als Bundesfreiwillige.“

Jenn schaut erstaunt, als Freddy von den Bandenkriegen in Medellín erzählt. „Ich wusste nicht, dass das so ist.“ Auch wenn die beiden aus demselben Land kommen, sind ihre Lebensrealitäten vor Ort unterschiedlich. Zwei Kolumbianer treffen sich in einem kleinen Studentencafé in Aachen und erfahren mehr über ihr Heimatland. Dieser Umstand ist ein perfektes Beispiel für die Partnerschaft zwischen dem Bistum Aachen und Kolumbien. Partnerschaft heißt, voneinander lernen und miteinander wachsen. Und das machen diese persönlichen Begegnungen innerhalb der gelebten Partnerschaft möglich. ■

Nicole Gabor

## Partnerschaftsprojekt „Schulgeld für Kolumbien“

„Ich grüße Sie und hoffe, dass Sie gesund sind. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie mein Kind unterstützen und wir die Schulsachen kaufen können, die er benötigt, um zur Schule zu gehen.“ Diese Worte schreibt die Mutter von Jhon Anderson, Gloria Stella Gutiérrez, in ihrem Dankesbrief. Ihr Kind ist eines von 27 Kindern, die von der Organisation CREAMOS im Projekt „Schulgeld“ unterstützt werden.

Der Diözesanrat startete 2015 das Spendenprojekt „Schulgeld für Kolumbien“. Anlass war der Besuch von Verantwortlichen des BDKJ im Januar 2015 in Líbano, Kolumbien. Dort ist der BDKJ-Freiwillige Joshua an zwei Tagen die Woche bei der Organisation CREAMOS tätig. Er erzählte der Delegation, dass viele der Kinder, die er in seinem Freiwilligeneinsatz trifft, nicht zur Schule gehen können. Der Grund dafür sind die hohen Kosten für Schulmaterial und eine Schuluniform, die in dem Land obligatorisch ist. Die Kosten übersteigen bei Weitem das monatliche Budget, das

einer Familie aus den armen Schichten zur Verfügung steht.

Die Partnerorganisation CREAMOS, früher ASOCOMBAS, versucht den Familien zu helfen. Da sich CREAMOS aber auch nur über Spenden finanziert, kann die Organisation nicht aus eigener Kraft jene Familien unterstützen. Deshalb kam beim BDKJ die Idee auf, der Organisation dabei zu helfen, Familien mit dem Schulgeld unter die Arme zu greifen. Nach diesen Berichten hat der Diözesanrat beschlossen, sich im Rahmen seiner Kolumbien-Partnerschaftsarbeit hier zu engagieren.

Wir freuen uns auf Unterstützung, damit Kindern und Jugendlichen der Besuch einer Schule ermöglicht wird – mit Einzelspenden, der Kollekte eines Gottesdienstes, Sammelaktionen in Schulklassen oder bei Pfarrfesten!

Die Spenden gehen an den Partnerschaftsfonds des Diözesanrates und werden an CREAMOS weitergeleitet. CREAMOS hat dafür einen „Kriterienkatalog“ entwickelt, um objektiv und transparent



entscheiden zu können, welche Familie wie viel Unterstützung erhält.

**ÜBER SPENDEN AUF FOLGENDES KONTO FREUEN WIR UNS:**

**Partnerschaftsfonds des Diözesanrates**

**IBAN:**  
DE62 3706 0193 1012 6980 18

**BIC:**  
GENODED1PAX  
Pax-Bank Aachen

**Stichwort: Schulpatenschaften Líbano**

**Ansprechpartner für Fragen ist:**  
Nicole Gabor, Diözesanrat der  
Katholiken: Tel. 0241/452-215

## Aachen Café Amistad

### Fair gehandelter Kaffee von Freunden aus Kolumbien

„Aachen ist Fair Trade Town. Und es ist Zeit, diesen Titel wieder zu beleben.“ Das waren die Worte von Bürgermeisterin Hilde Scheidt zur Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Verkostung des Aachen Café Amistad, die im Rahmen der Fairen Woche 2016 veranstaltet wurde.

Der Diözesanrat der Katholiken Aachen, MISEREOR und der Weltladen Aachen hatten die Kaffee Verkostung im Centre Charlemagne organisiert. An dem Abend wurde der kolumbianische Kaffee getrunken, der von der Kooperative CO-SURCA in der kolumbianischen Region Macizo und im Süden des Departements Cauca angebaut wird. Die Kooperative hat sich zum Ziel gesetzt, die kleinbäuerliche, ökologische Landwirtschaft in der Region zu fördern. Und das erfolgreich. Seit 2002 ist die Kaffee-Kooperative Handelspartner der GEPA und ihr Kaffee wird in Deutschland vertrieben. Dabei wird die Mischung des Aachen Café Amistad nur für Aachen hergestellt.

Kleber Cruz Garcia, Kaffee-Manager bei der GEPA, kennt die Kooperative schon lange. Er erklärte, dass solche Kooperativen durch die GEPA die Möglichkeit haben, vor Ort die Kleinbauern zu unterstützen. Das hängt mit dem

Finanzierungssystem zusammen, denn die Kooperative erhält von der GEPA Vorauszahlungen zu sehr günstigen Konditionen. Mit den finanziellen Mitteln können die Bauern in Produktion gehen und die Kaffeebohnen für den leckeren Kaffee liefern.

### KOLUMBIEN IST EXPORT-LAND NUMMER 3

„Der Faire Handel ist für uns eine Alternative, da er uns in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht stärkt. Er ermöglicht uns, Teil einer kleinbäuerlichen Organisation zu sein, die sich für die Gemeinschaft und die Umwelt engagiert“, fasst Rosa Helena Suárez, Kaffeebäuerin bei COSURCA zusammen.

Kolumbien ist Export-Land Nummer 3 für den internationalen Markt. Der Kaffee aus dem Land genießt in Deutschland aufgrund seiner Qualität einen guten Ruf. Viele der Menschen in Kolumbien, die vom Anbau des Kaffees leben, haben jedoch große Probleme mit dem vergleichsweise schlechten Preis, den sie für ihr Produkt auf dem Weltmarkt erhalten. Wilfried Wunden und Bernd Lichtenberg arbeiten mit in der AG Kolumbien des Diözesanrats und haben gesehen, dass der Faire Handel hilft, dass



eine Gemeinde wieder Hoffnung sieht und aufblüht. Sie haben die Kooperative im April 2016 besucht und zeigten Fotos und Videos von der Kaffee-Produktion und den Menschen, die dahinter stehen.

Seit über 50 Jahren pflegt das Bistum Aachen eine Freundschaft mit dem Land Kolumbien. Der Aachen Café Amistad ist ein Zeichen für eine faire Partnerschaft mit den Menschen, die den Kaffee herstellen. Kaufen kann man den Kaffee im Weltladen Aachen in der Jakobstraße 9. Nun soll er auch an anderen Stellen angeboten werden.

Wer den leckeren Aachen Café Amistad vertreiben möchte, kann sich bei Nicole Gabor, Tel. 0241/452-215, [nicole.gabor@dioezesanrat.bistum-aachen.de](mailto:nicole.gabor@dioezesanrat.bistum-aachen.de) melden.

## Autofasten im Bistum Aachen

01. März bis 15. April 2017



Zum 9. Mal findet im Bistum Aachen die Aktion Autofasten des Diözesanrates statt.

Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden, Schulklassen usw. sind aufgefordert, in der Fastenzeit auf das Autofahren zu verzichten und sich mit alternativen Möglichkeiten der Mobilität zu beschäftigen.

Außerdem gibt es begleitend Aktionen wie Fahrradtouren, Wanderungen, Reparaturkurse und natürlich wieder Energieexkursionen, diesmal auch speziell für Jugendliche. In Kooperation mit den Städten Aachen und Mönchengladbach wird eine Aktion für Grundschulkindern angeboten. In den Klassen wird täglich dokumentiert, wie die Kinder zur Schule kommen, und auch dort können dann gesparte Kilometer erfasst werden.

Weitere Informationen gibt es auf der Webseite:

[www.autofasten-im-bistum-aachen.de](http://www.autofasten-im-bistum-aachen.de)

Fragen zur Aktion beantwortet  
Nicole Gabor, Tel. 0241-452 215  
Email: [nicloe.gabor@dioezesanrat.bistum-aachen.de](mailto:nicloe.gabor@dioezesanrat.bistum-aachen.de) ■



# Christen müssen sich für die Nachhaltigkeit einmischen

Der aktuelle Klimaschutzplan der Bundesregierung hat mit „Bewahrung der Schöpfung“ nichts mehr zu tun

Eigentlich kann ich wiederholen, was ich schon im Überblick 1/2016 geschrieben habe. An Aktualität haben die Aussagen nichts eingebüßt. Aber nach dem Gerangel in Politik und Wirtschaft um die Fassung des Klimaschutzplans der Bundesregierung und unter Berücksichtigung dessen, was in diesem Plan nun steht, ist es notwendig, sich erneut zu Wort zu melden und deutlich zu machen, dass mit diesem Plan keine nachhaltigen Ziele erreicht werden können.

Papst Franziskus hatte mit den Aussagen in seiner Enzyklika „Laudato Si“ einen neuen und guten Anstoß für die Fortentwicklung eines zukunftsorientierten Prozesses gegeben. Das Pariser Abkommen zum Klimaschutz war dann ein erster Schritt in die richtige Richtung: ganz schnell weg von fossilen Energieträgern hin zu innovativen und nachhaltigen Nutzungsformen alternativer Energieträger. Die Autobauer, die Energieversorger und die mit der Energieversorgung verdienenden Unternehmen in Deutschland verstehen das offenbar nicht oder wollen das nicht verstehen. Sie orientieren sich nur an Gewinnmaximierung und der vermeintlichen Sicherung von Arbeitsplätzen. Dass letzteres Argument nicht trägt, habe ich bereits in meinem Beitrag im Überblick 1/2016 aufgezeigt. Die Unternehmen verweigern sich weiterhin den in Paris vereinbarten und notwendigen Schritten und manövrieren sich damit endgültig in ein verantwortungsloses Abseits. Und das ist ihnen vermutlich sogar egal: Sie handeln weiterhin nach der Devise: Nach uns die Sintflut. Und die wird schneller kommen als von ihnen erwartet, wenn nicht ganz schnell gegelenkt wird.

## DIE ANSTEHENDEN WAHLKÄMPFE BIETEN EINEN GUTEN RAHMEN FÜR UNSERE ARGUMENTE

Der Papst fordert uns auf, mit einer Änderung der Lebensstile einen Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, die politische, wirtschaftliche und soziale Macht besitzen (Rdnr. 206 der Enzyklika). Und diesem Rat müssen wir jetzt als Christen in der Erkenntnis unserer Verantwortung für unsere Kinder und Enkel

folgen. Wir müssen uns endlich erkennbar einmischen in die öffentlichen Debatten. Die Wahlen im nächsten Frühjahr und Herbst bieten einen guten Ansatz dafür: Fühlen wir unseren Kandidatinnen und Kandidaten auf den Zahn und bringen wir sie dazu, unsere Argumente endlich zur Kenntnis zu nehmen und konsequent umzusetzen!

Der Klimaschutzplan verdient eigentlich diesen Namen nicht: Den Schutz des Klimas und das Aufhalten des Klimawandels kann dieser Plan nicht einmal ansatzweise gewährleisten. Der ehrgeizige und eng an den Vorgaben des Pariser Abkommens orientierte Entwurf der Ministerin Dr. Barbara Hendricks ist von den beteiligten Ressorts Landwirtschaft, Verkehr und Wirtschaft mehr und mehr verwässert und inhaltlich reduziert worden, so dass am Ende nur unverbindliche Ziele übrig geblieben sind.

Wir stehen in unserer Region unter Klimaschutzgesichtspunkten in einer konkreten Konfrontation zum Braunkohleabbau und zur Verbrennung des gewonnenen Energieträgers und sind damit unmittelbar betroffen. Aber abgesehen von den Auswirkungen auf unser Leben in der Region müssen wir auch daran denken, dass wir nicht allein auf dieser Welt sind und eine Verantwortung haben für alle Menschen, die die Wirkungen unseres extensiven Energieverbrauchs erdulden und erleiden müssen.

## DER KLIMAWANDEL BEEINFLUSST INSBESONDERE DAS LEBEN DER ÄRMSTEN

Unsere christliche Verantwortung für die „Bewahrung der Schöpfung“ fordert von uns diesen globalen Denkansatz und in der Konsequenz unser intensives Eintreten für schnellere, konsequentere und konkretere Klimaschutzziele als dies der aktuelle Klimaschutzplan vorsieht. Der Klimawandel wird das Leben der Ärmsten in der sog. Dritten Welt sehr viel stärker beeinflussen als das Leben der anderen Menschen auf diesem Planeten. Unser Blick wird sich in der nahen Zukunft daher besonders auch auf diese Menschen konzentrieren müssen. Die Welle



der Armutsflüchtlinge, die Schutz in den Ländern des globalen Nordens suchen, ist nicht zu stoppen, ohne diesen Menschen sichere Perspektiven und nachhaltige Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben in ihren Heimatländern zu schaffen.

Ziel muss weiterhin sein und bleiben, möglichst viele Menschen im Bistum Aachen für die Anliegen der päpstlichen Enzyklika „Laudato Si“ und dabei insbesondere für den weltweiten Klimaschutz zu interessieren und zu mobilisieren. Die einzigartige Präsenz der katholischen Kirche weltweit und das zahlenmäßige Gewicht der katholischen Christinnen und Christen müssen genutzt werden, um bei der Lösung globaler Umweltfragen - auch als Gerechtigkeitsfragen - politischen Einfluss zu nehmen und sich für eine ehrgeizige globale Klimaschutzpolitik einzusetzen.

Mein Appell richtet sich an die Planerinnen und Planer für Diskussionsplattformen im kommenden Jahr. Solche Gesprächsrunden sind der ideale Platz für die notwendige Auseinandersetzung mit Politikern, die in den Parlamenten die Weichen neu stellen können. ■

Lutz Braunöhler, Vorsitzender des Diözesanrats der Katholiken



## Vorgestellt: Benedikt Patzelt



Benedikt Patzelt kommt gebürtig aus dem Erzbistum Paderborn und war dort in seiner Jugend in der DPSG aktiv. Nach dem Studium der Religionspädagogik und einem Masterabschluss „Kirche und Kultur“ war er seit 2013 Beauftragter für Jugendpastoral in den Regionen Mönchengladbach und Heinsberg. Seit September 2016 ist er Diözesanvorsitzender des BDKJ im Bistum Aachen und wurde im Oktober 2016 in den

Vorstand des Diözesanrates gewählt. Ihm ist es wichtig, die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Diözesanrat zu vertreten. Kinder und Jugendliche sind nicht die Zukunft der Kirche, sondern Kinder und Jugendliche sind Kirche und gestalten diese. Darüber hinaus vertritt er die katholischen Verbände im Diözesanrat und möchte eine Brücke zwischen den (Jugend-) Verbänden und den kirchenamtlichen Strukturen bauen.



*Maria singt: „Er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen.“  
Lukas 1,52*

## GERECHTIGKEIT

Das ist der große Menschheitstraum: dass es anders sein kann.  
Dass eine Welt möglich ist, in der es gerecht zugeht.  
In der es kein Oben und kein Unten gibt, kein Groß und kein Klein.  
Die schwangere Maria besingt Gott, der in ihr wächst und kräftig wird.  
Und sie ersehnt seine Gerechtigkeit, die nicht nach menschlichem Maß misst.  
Nicht zuteilt, berechnet, wegnimmt. Sondern die barmherzig ist.  
Den Menschen in allen seinen Möglichkeiten,  
seinen Grenzen und seinen Hoffnungen begreift.  
Die gerade dem zuteil werden soll, der sie nicht schon zu besitzen meint,  
sondern nach ihr hungert und dürstet.  
Das Kind, das Maria in sich trägt, wird ein Träumer werden, ein Utopist.  
Es wird immer genau das fordern, was eigentlich unmöglich scheint.  
Und zeigt uns damit, was wir von uns selbst erwarten dürfen:  
Gerechtigkeit ist der Weg zu Gott, den wir finden können.  
Nur eine gerechte Welt ist frei.  
Dann, wenn nicht die Macht sich das Recht nimmt, sondern das Leben.

*Inken Christiansen,  
Der Andere Advent 2016/2017  
www.anderezeiten.de*

Ein Jahr ist vergangen, in dem uns die Themen Barmherzigkeit und Gerechtigkeit in dem vielfältigen diakonischen Engagement in unserer Kirche berührt haben.  
Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen möchte sich auf diesem Weg bei allen ehrenamtlich und hauptamtlich tätigen Menschen bedanken.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2017.

*Für den Vorstand Lutz Braunöhler*

Adressfehler, Ergänzungen oder Änderungswünsche an:  
[info@dioezesanrat.bistum-aachen.de](mailto:info@dioezesanrat.bistum-aachen.de)



### Impressum

Herausgeber: Diözesanrat  
der Katholiken im Bistum Aachen  
Klosterplatz 4, 52062 Aachen  
Tel. 0241/452 - 251  
Fax 0241/452 - 252

[www.dioezesanrat-aachen.de](http://www.dioezesanrat-aachen.de)

Redaktion: Mechthild Jansen (v.i.S.d.P.),  
Nicole Gabor, Thomas Hoogen,  
Thomas Hohenschue

Bildnachweis: pixabay.com (S. 1),  
Pfr. Alexius Puls (S. 5),  
phasezwei (S.7)  
DPSG DV AC (S.16),  
Thomas Hohenschue (S. 11, 19),  
BDKJ (S. 20), alle anderen Fotos privat

Layout und Druck:  
phasezwei, [www.phasezwei.biz](http://www.phasezwei.biz)

Gedruckt auf Cyclus Print, aus 100%  
Altpapier - ausgezeichnet mit dem  
„Blauen Engel“ und der „EU-Blume“

Wir danken allen Autorinnen  
und Autoren für ihre Beiträge.